

Regierung soll prüfen, wie sich Lücken im Bevölkerungsschutz füllen lassen

Mit welchen Modellen – freiwillig oder verpflichtend – erhält der Bevölkerungsschutz mehr Personal? Dieser Frage widmet sich ein VU-Postulat.

Elias Quaderer

Liechtenstein kommt seiner Pflicht zum Bevölkerungsschutz zu wenig nach. Dieses alarmierende Fazit zieht eine Studie der Stiftung Zukunft.li, die im Juni veröffentlicht wurde. Zwar seien die Feuerwehren relativ gut ausgebildet, doch in anderen Bereichen des Bevölkerungsschutzes sieht die Stiftung Zukunft.li personelle Lücken. Vor dem Hintergrund dieses Untersuchungsergebnisses reichte am Montag die VU-Fraktion ein Postulat ein. Das Ziel des Vorstosses: Die Regierung soll prüfen, welche Massnahmen notwendig sind, um den Bevölkerungsschutzorganisationen die dringende Rekrutierung von neuen Mitgliedern – im Speziellen Jugendlichen und jungen Erwachsenen – zu erleichtern. «Besonders soll geprüft werden, welche Modelle sich für Liechtenstein eignen würden, um die notwendigen personellen Ressourcen für den Katastrophenfall sicherzustellen», heisst es im Postulat.

Verpflichtendes Praktikum für mehrere Monate denkbar

Die VU hat zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes sowohl freiwillige als auch verpflichtende



Stellten die VU-Vorstösse vor: die Abgeordneten Günter Vogt (l.) und Peter Frick.

Bild: D. Schwendener

Modelle vor Augen. So wird im Postulat die Frage aufgeworfen, ob nicht auch ein verpflichtendes mehrmonatiges «Bevölkerungsschutz-Praktikum» denk-

bar wäre, um junge Menschen für das Thema zu sensibilisieren. Spielt die VU-Fraktion also mit dem Gedanken, eine Zivildienst-Pflicht analog zur

Schweiz einzuführen? «Der Gedanke geht sicher in diese Richtung. Aber wie ein solches Modell konkret für unser Land auszugestalten wäre, wäre ein

wichtiger Punkt, den die Regierung in ihrem Prüfauftrag zu beantworten hätte», sagte der VU-Abgeordnete Peter Frick gestern bei der Vorstellung des parlamentarischen Vorstosses. Doch bevor zu verpflichtenden Massnahmen gegriffen wird, sollten laut Frick zunächst alle Anreize und Möglichkeiten, die auf Freiwilligkeit basieren, ausgeschöpft werden.

Inspiriert von Studie der Stiftung Zukunft.li

Die Stiftung Zukunft.li empfiehlt in ihrer Studie einen «Freiwilligen Bevölkerungsschutz Liechtenstein», um die personellen Lücken zu füllen: Zu möglichst attraktiven Konditionen soll den Landesbewohnern eine Grundausbildung im Bevölkerungsschutz angeboten werden. Dafür wäre jeder, der die Ausbildung absolviert hat, verpflichtet, einer Rettungsorganisation beizutreten oder Teil eines Reservistenpools zu werden, auf den im Notfall zurückgegriffen werden kann.

Das von der Stiftung Zukunft.li skizzierte Modell ist aus Sicht der VU-Fraktion ebenfalls prüfenswert. Darum soll die Regierung in ihrer Postulatsbeantwortung auch darlegen, wie sich

der Aufbau eines «Freiwilligen Bevölkerungsschutzes Liechtenstein» organisieren liesse.

Wie viele Helfer pro 1000 Einwohner braucht es?

Daneben sieht der Vorstoss aber auch vor, dass die Regierung grundsätzlich eruiert, wie hoch der Personal-Sollbestand bei den einzelnen Hilfsorganisationen ist: «Wie viele aktive Feuerwehrleute, Samariter, Gemeindegeschützer etc. brauchen wir idealerweise pro 1000 Einwohner, um die Funktionsfähigkeit dieser Organisationen sicherzustellen?», heisst es dazu im Postulat. Allerdings: Im Kontext der Studie von Zukunft.li wies das Amt für Bevölkerungsschutz darauf hin, dass bei grossen Katastrophen Liechtenstein stets auf ausländische Hilfe angewiesen sein wird – ungeachtet, wie vorbereitet das Land ist.

Darauf angesprochen, meinte der VU-Abgeordnete Frick: «Auch ich bin überzeugt davon, dass wir im Katastrophenfall auf das Ausland angewiesen sind.» Aber bis die Hilfe aus dem Ausland eintrifft, könne es je nach Umständen dauern. Und in dieser Zeit müsse sich das Land so gut wie möglich selbst zu helfen wissen.